

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wöchentliches Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,66 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Gleich-Zentralrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.,
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 62.

Berlin, Sonnabend, 22. Dezember 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Weihnachtsstimmung. — Unser nächster Verbandstag. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkeverein-Zell. — Verbands-Zell. — Kapelle-Zell.

Weihnachtsstimmung.

Es fällt dem Winter dieses Mal recht schwer, seine Herrschaft zur Geltung zu bringen. Schnee und Eis sind noch nicht eingezogen; nur ganz vereinzelt, besonders in den gebirgigen und unter rauheren Himmelsstrichen liegenden Teilen unseres Vaterlandes haben sie einen schüchternen Versuch gemacht, die schlummernde Erde zugudecken. Der Frost, der die Wangen rötet und die Jugend hinausstreift, um im Freien sich bei Schlittenfahrten und Eislaufen zu ergötzen, läßt vergeblich auf sich warten. Die richtige Weihnachtsstimmung fehlt draußen in der Natur, ebenso aber auch im Herzen der deutschen Arbeiter, in denen so recht kein Gefühl der Freude und des Friedens aufkommen kann, obwohl ihnen die Gloden von den Türmen zurufen: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“.

Weshalb stehen ganz eigenartige Gedanken ein in unsere Brust, wenn die festerliche Stille des heiligen Abends unterbrochen wird durch jene verheißungsvollen Stodenklänge. Die Erinnerung an die Jugendzeit wird unwillkürlich wach, wo noch treue Elternliebe unser Tun überwachte und uns durch wenn auch noch so beschwebene Gaben zu erfreuen bemüht war. Schon damals hofften wir auf die Erlösung von dem drückenden Joch, unter dem wir schwächten, und heute, wo wir unser eigenes Heim besitzen und den innigen Wunsch hegen, unseren Lieben auch eine Weihnachtsgabe zu beschaffen, da sind unsere Hoffnungen auf ihre Erfüllung noch eben so fern wie in den Tagen unserer Kindheit.

In dem engen Raume steht ein kleines Lammendrummchen. Einige Kerzen und etwas bunter Filzler versuchen über seine Kümmerlichkeit hinwegzutäuschen. Auf dem Tische liegen auch für jedes Familienmitglied kleine Geschenke, meist so gewählt, daß sie einem vorhandenen Bedürfnis abhelfen können. Für Spielsachen Ausgaben zu machen, können sich nur kleine Kreise der deutschen Arbeiterschaft gestatten. Denn der Kampf um das Dasein ist schwer, der Lebensunterhalt nur mit Mühe zu bestreiten. Wo für mehrere Kinder gesorgt werden muß, wehrt der Ernährer kaum, wie er allen Anforderungen auch nur in bescheidenem Maße gerecht werden kann. Sowohl für Wohnung als auch für die Lebensmittel sind die Preise auf eine unerhörte Höhe gestiegen, und noch ist nicht die geringste Aussicht vorhanden, daß die herrschende Leuerung besseren Zeiten weichen wird.

Schweren Herzens stehen unter solchen Verhältnissen die Arbeiter der Zukunft entgegen. Einen Lichtstrahl in diese trübe Stimmung wirft aber das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einer Organisation, die nach besten Kräften und mit Erfolg darauf bedacht ist, das schwere Los des Arbeiters zu lindern. Unsere Gewerkevereine haben sich dieser Aufgabe jederzeit gewandt, sie helfen auch unsere Mitglieder hinweg über die schwersten Stunden der Sorge und sie verstehen auch, wenigstens für kurze Zeit, echte Weihnachtsfreude in die Herzen der Verbandsgenossen zu pflanzen. Wenn

im Ortverein die Weihnachtsbescherung stattfindet, wenn Jung und Alt sich zusammenfindet im festlich geschmückten Saale mit dem hellstrahlenden Lichterbaum, den genossenschaftliches Zusammenwirken geschaffen hat, wenn die Kinderaugen blitzen vor Glück und Seligkeit über die schimmernde Pracht und die kleinen Gaben, die für die Kinder aufgebaut sind, da schmilzt auch die Kälte in unserem Herzen und ein erhebendes Gefühl der Befriedigung und des Stolzes steigt empor, daß wir uns Angehörige einer solchen Gemeinschaft nennen dürfen.

Kommt doch in unseren Gewerkevereinen am besten der Gedanke der Menschenfreundlichkeit und Menschenliebe zum Ausdruck, der dem Weihnachtsfest seinen Gehalt, seine innere Wärme verleiht. Der Deutschen Gewerkevereine Streben ist vor allem darauf gerichtet, ihre Mitglieder und alle, alle, die es werden wollen, einer höheren geistigen und materiellen Stufe zuzuführen, sie teilnehmen zu lassen an den Gütern der Kultur, die unser fortgeschrittenes Zeitalter der Menschheit bietet.

So edelm Streben sollte allseitige Anerkennung zuteil werden! Und doch, wie wenig Verständnis finden wir selbst dort, wo man am besten unseren idealen Bemühungen entgegenkommen zeigen möchte, bei den Reichs- und Staatsbehörden. Jener Gesetzentwurf, der den Berufsvereinen endlich die so lange ersehnte gesetzliche Anerkennung bringen, der die rechtliche Grundlage für unsere Organisation bilden sollte, war so gehalten, daß er uns mehr geschadet als genützt hätte. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, könnte das arbeitende Volk die Auflösung des Reichstages nur als eine Wohltat betrachten. Indessen wer weiß, was da noch im Schoße der Zukunft schlummert, welche Tiefschmerzen für eine so bedeutungsvolle Maßnahme vorhanden gewesen sind! Leider ist die Annahme durchaus nicht unbedeutend, daß neue Lasten dem Volke aufgebürdet werden sollen, und da heißt es auch für uns Gewerkevereiner bei den bevorstehenden Reichstagswahlen auf dem Posten sein. Bei aller Neutralität unserer Organisation, sind wir als einzelne Staatsbürger verpflichtet, unser Wahlrecht auszuüben. Wir müssen aber auch in den Wahlversammlungen an die Kandidaten herantreten und sie fragen, wie sie sich zur Verteuerung der Lebensmittel, zum allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht, zur sozialen Gesetzgebung und zum Ausbau des Koalitionsrechtes stellen. Nur wer eine befriedigende Antwort gibt, wer sich ausdrücklich als Freund der Gewerkevereine bekennt, darf auf unsere Stimmen rechnen. Weder einem Drotverteurer, noch einem Vorkämpfer der Reaktion von rechts oder links können wir unsere Unterstützung angedeihen lassen.

So ist durch diese Wahlbewegung auch der Friede des Weihnachtsfestes gefährdet. Als Männer dürfen wir den bevorstehenden Kämpfen nicht teilnahmslos gegenübersehen. Deshalb kämpfen wir diesmal an unsern heiligen Weihnachtsgruß die erste Mahnung an alle Verbandsgenossen, sich ihrer staatsbürgerlichen Pflichten und Rechte bewußt zu sein.

Geschieht dies, dann wird uns auch die Zukunft heller scheinen und das Dichtermotiv sich erfüllen:

„Es muß doch Frühling werden!“

Unser nächster Verbandstag^{*)}.

In Nr. 58 des „Gewerkevereins“ schreibt Kollege Dehler über den kommenden Verbandstag und seine Aufgaben, und wundert sich, daß in den Gewerkevereinsorganen noch nichts darüber geschrieben worden ist. Wenn dieser Artikel nur mit den Anfangsbuchstaben C. V. des Kollegen Dehler unterzeichnet wäre, so würden sicher ein großer Teil unserer Kollegen der Meinung gewesen sein, daß unser Zentralrats-Bureau hier etwas leise auf den Strauß klopfte, so ist aber der Verfasser bekannt und wir wollen hoffen und wünschen, daß auch wirklich nichts dahinter steckt, und, wenn man über ein nades Gemüt verfügt, so beruhigt man sich ja auch bald.

Man könnte aber sehr wohl der Meinung sein, daß der Zentralrat vor allen Dingen die Pflicht hätte, aus seiner Reserve herauszutreten und ein offenes Wort zu sprechen. Aber so zieht man sich zurück, und steckt oder läßt sich hören herausfinden, anstatt nun mit den geschiedenen Plänen herauszukommen, denn es ist doch jedenfalls nicht gut glaubhaft, daß man sich an oberster Leitung mit dem Verbandstag noch nicht beschäftigt haben sollte. Daß es einer unserer wichtigsten Verbandstage sein wird, steht für jeden Kenner der Gewerkevereinsbewegung fest. Es wird manch harten Strauß geben zwischen den jungen und den alten Anschauungen, und hoffentlich gelangen die ersteren zum Sieg.

Eine der wichtigsten Angriffsstellen wird die Anstellung von Verbandsbeamten sein, doch glaube ich kaum, daß dieser Punkt zur Zufriedenheit der Allgemeinheit erledigt werden wird, denn in verschiedenen größeren Vereinen wird eine Herabsetzung des Verbandsbeitrages geplant, und leider sind in der kleineren und auch in einem nahezu größten Vereine, die Mitglieder noch nicht zu der dazu gehörigen Opferwilligkeit erzogen, um durch Ausbringung von Extrabeiträgen diesen Gedanken in die Wirklichkeit umzusetzen, und wenn dahingehend nicht genügt geschieht, so wird die Schuld nicht dem Verbandstag allein treffen. An der Notwendigkeit, Verbandsbeamte anzustellen, wird wohl niemand zweifeln können, jedenfalls wird es nötiger sein, als ein von neuem geplantes Paradies in der Gestalt eines Anwalts. Unser verstorbenen Anwalt Dr. Max Hirsch, als Gründer der Deutschen Gewerkevereine, war wohl dessen Angebenden nicht hoch gehalten? Jeder überzeugte Gewerkevereiner wird diesen Namen nur mit Hochachtung aussprechen, er war Vertreter der Gewerkevereine und hatte als Gründer ein moralisches Recht, einen solchen Posten anzunehmen. Die Pflicht und die Anhänglichkeit liegen ihm auch gern bis zu seinem Tode auf seinem Posten, und wenn in dem

^{*)} Der Einsender dieses Artikels macht es uns in einem Begleitbrief zu Mitteilung, daß wir den Aufsatz „unverkürrt und unverhüllt“ zum Abdruck bringen, in anderen Fälle sollen wir ihn baldigst revidieren, damit er in „unseren Provinzialzeitungen“ erscheinen könne.

Obgleich mancherlei Irrtümer in dem Artikel enthalten sind, kommen wir dieser Aufforderung auf „unverkürrt“ und unverhüllt zum Ausdruck. Wir wollen aber zweierlei feststellen: 1. Ist der Artikel bereits in der „Provinzialpresse“ erschienen, dann nicht das Manuskript, sondern ein auf gefalteter Ansichtskarte aus der „Provinzialpresse“ ist uns zum Abdruck eingelangt worden. 2. Hat der Verfasser dieselben Angriffe auf führende Kollegen und den Zentralrat auch in einer Versammlung der Berliner Ortsvereine erhoben, die sich mit dem „Korrespondenzblatt“ beschäftigte. In dieser Versammlung ist Kollege Habel mit seinen Angriffen gründlich abgefallen.

Wir bedauern sehr, diese Tatsachen hervorheben zu müssen. Es war dies aber nötig, um den vorderrin zu zeigen, welcher Wert einer so gerechten Kritik beizumessen ist. Eine gründliche, sachlich erzieherische Besprechung ist auch der Verbandsleitung dringend erwünscht, denn die Gewerkevereine werden nur dann eine Zukunft haben können, wenn sie kraftvoll gefördert werden von der Gesamtheit ihrer Mitglieder.

Die Redaktion des „Gewerkevereins“.

Darum müssen die Arbeiter, wenn sie wirklich auf eine Verbesserung ihrer Lage hinarbeiten wollen, in unsere Gewerkschaft eintreten. Wollen es doch auch die Arbeitgeber so. Wenn der Arbeitgeber von der Herrlichkeit und der Herrlichkeit inspektoren kommen wollte mit dem Rat, ihre Organisationen nach religiösen oder parteipolitischen Motiven getrennt zu bilden, dann würde dem Herrn Arbeiter sowohl wie dem Herrn Inspektoren sehr bald gezeigt werden, wo der Himmelmann das Loch gelassen hat. Genau so wie die Arbeitgeber die Einstellung für notwendig halten, ist sie notwendig für die Arbeiter, ja, für diese noch viel mehr. Der Herr Arbeitgeber und der Herr Inspektoren haben auch ihre Aufgaben, und wenn da jeder an seinem Platze seine Pflicht erfüllt, so kann dies für die Gesamtheit von Nutzen sein. Dennfalls kann es unmöglich eine Aufgabe dieser Herren sein, die Arbeiterkraft weiter zu zersplittern, weil sie damit nicht nur dem Interesse der Arbeiter und der Gesamtheit der Volkswirtschaft dienlich, sondern auch dem Interesse der Arbeitgeber. Arbeiter von Lohn, wollen ihre eigne Lage verbessern, so treten in die Gewerkschaft (Christen-Dunder) ein, welche in ruhiger, sachlicher Weise bestrebt sind, ihre Verbesserungen zu schaffen und zwar im Rahmen der deutschen Staats- und Gesellschaftsordnung. Darum hinein in die Deutschen Gewerkschaften, denn nur diese sind politisch unabhängig und erkennen das dauernde Wohl der Arbeiter und der Gesamtheit des Volkes. **3. Woche.** Der O. B. der Bergarbeiter hielt am 8. Dezember, nachmittags, im Lokal der Arbeiter-Kamerad u. d. Bergd. eine Versammlung ab. Der Vorsitzende vertretet, 3 Ortsvereine fehlten. In das Bureau wurden gewählt die Kameraden u. d. Bergd. 1. Vorsitz, Hoffmann-Hofmann, 2. Vorsitz, Kamerad Rantzer, Schriftführer, Schmitt. Der Vorsitzende erstattete den Tätigkeitsbericht für das letzte Quartal. Da dasselbe zur Diskussion seinen Anlauf gab, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Der erste Punkt: Wie stellen sich die Ortsvereine zur Anstellung eines oder zweier Sozialbeamten?rief eine lebhaft, wenn nicht zu sagen, hitzige Debatte hervor. Nachdem Kamerad Schiller von Hauptverhandlung nochmals auf die Notwendigkeit und Wichtigkeit eines solchen Beamten hingewiesen über und dieselbe sich schließlich Kameraden für die Anstellung, aber und diese „aber“ muß groß geschrieben werden, sie lehnten sich einmütig, mit wenigen Ausnahmen, ab, durch einen kleinen Entschuldigungsbescheid, daß die Hauptkassiere in dieser kritischen Zeit nicht die ganzen Kosten übernehmen könne. Im Laufe der Debatte erkannte man, daß die Sache noch nicht spruchreif sei, worauf ein eingelaufener Antrag, diese Frage durch eine Urabstimmung den Mitgliedern des Bezirks zur Entscheidung vorzulegen, Annahme fand. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Die heutige Lage der Bergarbeiter, führte Kamerad Schiller den Kameraden den Stand der Situation vor Augen. Die Kapitalisten mit der ihnen ergebenden Hilfe hegen die heftigste Meinung gegen uns auf, indem sie die Lage der Bergarbeiter in den vorliegenden Farben malen. Doch haben solche Behauptungen, ist durch einen Arbeitstitel bereits festgestellt. (Wenn wir nicht irren, ist dieser Fall bereits der Staatsanwaltschaft zur weiteren Veranlassung

übergeben.) Daß durch solche gefälschten Eifen Oberbergamt und Behörden an der Kasse herangeführt werden, ist unabweisbar. Darum haben die Organisationen beschließen, durch Einschickung der Eifenblätter selbst eine Statistik anzunehmen, um so die Lage der Bergarbeiter festzustellen. Zu der folgenden Diskussion wurde beschlossen, die Kameraden eines jeden Ortsvereins zu ersuchen, möglichst Hand in Hand mit den anderen Organisationen, in der für ihren Bezirk passenden Art und Weise, zu handeln, damit die Statistik möglichst vollständig ausfalle. Nach Erledigung einiger internen Angelegenheiten wurde die Konferenz gegen 8 Uhr abends geschlossen.

Verbands-Zeil.

Sächsischer Ausbreitungsverband.
Protokollauszug der Vorstandssitzung am 28. November 1906. Der Vorstand eröffnet um 7 Uhr die Sitzung; anwesend sind: Geh. Brande, Jens, Eit, Dür, sowie der Beamte Bleicher; erscheinend fehlt Dörfl, unentschuldigter Dietmer. Das Protokoll der letzten Sitzung kommt zur Beratung und wird angenommen. Seinen Beitritt gemeldet hat der Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter Regensburg. Die Ortsvereine Wittenberg und Chemnitz haben zur bevorstehenden Gewerkschaftsversammlung einen seitens des Bureau nach dort Kol. Bleicher ersendend, womit sich die Sitzung einverstanden erklärt. Kol. Bleicher gibt Bericht über den Verlauf der Wahl und haben die Gewerkschaftsmitglieder mit einer Majorität von 122 Stimmen gewählt. Der neue Ortsverein der Bauhandwerker Wittenberg teilt mit, daß er sich an Mitgliederzahl verdoppelt habe und ersucht zugleich um einen Referenten. Dem Antrag kann jedoch nicht stattgegeben werden, da genannter Ortsverein dem Ausbreitungsverbande nicht angehört. Seitens der Ortsvereine Ansbach wird zum 9. Dezember ein Referent verlangt und nach dort Kol. Eit delegiert; als Thema ist gestellt: „Was ist der Unterschied zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaften?“ Der Vorsitzende gibt bekannt, daß der vergangene Sonntag in Dornhausen bei einer Sitzung bez. Gewerkschaftswahl anwesend war und die dortigen Kollegen unsern Beamten zu einer am 2. Dezember der stattfindenden Versammlung in Anspruch nehmen wollen. Nach längerer Diskussion wird beschlossen, daß Kol. Bleicher in Dornhausen spricht. Kol. Eit dafür bei den Bauhandwerkern zur Ortsversammlung die Schritte übernimmt. Um eine tagelange Führung der Geschäfte belassen, sollen sämtliche Vereine dahingehend aufmerksam gemacht werden, daß alle Besuche um Referenten und sonstige Einläufe an die Sitzung entweder zu Händen des Schriftführers oder Vorstehenden zu richten seien. Hierauf schied die Sitzung 9 1/2 Uhr.

Legitionsverband der Kreise Jena-Weitzenfels-Raumberg.
Auswahlsitzung, abgehalten am 26. November cr. in der „Friedenshöhe“. Anwesend die Kollegen Baumann, Schmalz, Orper, Polaschütz und Zell. Die Sitzung wird um 9 Uhr abends vom Vorstehenden Baumann eröffnet. Er teilt mit, daß Kollege Orper geladen sei, aber nicht erschienen ist; er habe wohl seine Kante alle niedergelegt, deshalb werde es notwendig sein, in nächster Ortsverbandversammlung einen anderen Kollegen an dessen Stelle zu

wählen. Von einigen eingegangenen Schriftstücken wird Kenntnis genommen und werden die hierzu nötigen Dispositionen getroffen werden. Die Kol. Schmalz und Zell berichten von einer Ortsverbandssammlung in Raumburg, welche beide gemeinschaftlich am 6. Oktober cr. besucht haben. Die Kol. Baumann und Polaschütz berichten von einer Versammlung, welche am 7. Oktober cr. in Dornhausen stattfand. Am 28. Oktober waren Orper und Baumann in Freiburg a/M. Sie haben die dortigen Kollegen veranlaßt, eine Versammlung abzuhalten, doch sei bis jetzt keine Nachricht eingegangen. Dann berichtet Kol. Baumann noch über eine Versammlung, welche am 18. November in Lämpfing bei Gumburg von den freien Gewerkschaften abgehalten wurde und welcher Generalsekretär Schröder, Raumburg, Kol. Schmalz, er und einige Gumburger Kollegen betheiligten. Orper wurde noch über weitere Maßnahmen in der Region verhandelt. Die am 1. Weihnachtstage in Leipzig stattfindende Konferenz der Ausbreitungsverbände soll auch von uns besucht werden. Dann folgen auch verschiedene interne Sachen, wie Kasenanglegenheiten u. dergl. Schied 11 Uhr abends. **H. O. Orper, Schriftführer.**

Versammlungen.
Berlin. Diskussionsabend der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab. 9 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften, N.O., Greifswalderstraße 221/222. Gäste willkommen. — **Sängerchor der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Lehrgänge in der Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonntags.** 23. Dezember. **Maschinenbau und Metallarbeiter XII.** Abends 8-10 Uhr Zahlabend im Vereinslokal. Sonntag, 23. Dezember, nachm. 5 Uhr, Weihnachtsfeier im Arbeiter-Vereinslokal, Bismarckstr. 24. — **Maschinenbau und Metallarbeiter VII.** Abends 8 1/2 Uhr, Sparrk. 14, Eingang Sprengelstr. Einleitung der Leutnantskinder. Abkündigung über diese Leutnantskinder. — **Maschinenbau und Metallarbeiter XII.** Ab. 9 1/2 Uhr, bei Koch, Ueberstrasse 28. Abgabe der Leutnantskinder. — **Maschinenbau und Metallarbeiter XII.** Abends von 8 Uhr ab, Zahlabend bei Paetz, Brunnstr. 41. Ausgabe der Eintrittskarten zur Weihnachtsfeier am 28. Dezember in den Germania-Saal, Gausstrasse. Am Montag, 31. Dezember, Spätkonzert 8. Paetz, Brunnenstrasse 41.

Orts- und Bezirksverbände.
Orper (Ortsverband). Jeden 1. und 2. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn H. H. Schulte-Wittler, Diskussionsabend. — **Sonntags und Abends (Ortsverband).** Die Besprechungen der Ortsverbände-Erweiterer finden jeden Dienstag abends 9 Uhr, im Verbandslokal „Hörsingstr.“, Bismarckstr. 12, statt. — **Wagen (Ortsverband).** Jeden Sonntag 9 Uhr, Sitzung bei Halber, „Jägerhof“. — **Chemie, Norddeutsche Ausbreitungsverband.** Jeden Donnerstag, abends 8 1/2-10 1/2 Uhr Diskussionsabend im Lokal Gausstr. 24. Gäste willkommen. — **Wäldchen u. W. und Langenberg (Ortsverband).** Sonntag, 30. Dezember, morgens 10 Uhr, im Lokal Köder, Wäldstr. 10, Wilhelm, Sitzung der alten und neuen Vertreter und Auswahlsitzung

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften.
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Schrift zum 70. Geburtstag des Kaisers von Karl Gahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pf.
Zeitschrift zum Gewerkschaftsrecht von Dr. Max Girsch. Preis 30 Pf.
Broschüre durch die Unfallversicherungsgefeße von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pf.
Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Girsch. Preis 30 Pf.
Vorgeschichte zum Unfallversicherungsgefeß von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pf.
Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Girsch 180x280 mm. Preis 50 Pf.
Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkschaften. — Zeitschrift zum 25. jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerkschaften (Christen-Dunder) von Dr. Max Girsch. Preis 1 Mark.
Wohlfahrtsführer von Dr. G. J. G. Preis 30 Pf.
Arbeiterschutz in der Heimarbeit. 2 Referate von L. Winter. Berlin und S. Berndt. Dresden. Gratis.
Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland. 2 Referate von Karl Gahn-Burg und J. D. Käfer. Rürnberg. Gratis.
Arbeiterschutz, insbesondere Unfallversicherung, vom Standpunkte der Deutschen Gewerkschaften von Dr. Max Girsch. Preis 30 Pf.
Muster zu Anträgen, Klagen und Beschwerdechriften in Angelegenheiten der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Unfallversicherung). Preis 60 Pf.
Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetze, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Anschaffungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
Spendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/22.
Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften.
Greifswalderstr. 221/22.
I. Weihnachtstfeier:
Große Matinee der Mitglieder des Vereins chem. 30. Gemeinde-Schüler unter Mitwirkung der **Georg. Nordb. Sängers.**
II. Weihnachtstfeier:
Humoristischer Frühlingsfest der kombinierten Ortsvereine der Maschinenbauer unter Mitwirkung der **Georg. Nordb. Sängers.**
An beiden Feiertagen: Anf. 11 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften.
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/22.
Verbandsgerichten!
Allen nach Berlin kommenden Verbandsgerichten empfehlen wir unsere neuen und gut eingerichteten Logierzimmer zur gefälligen Benutzung bei mäßigen Preisen. Meldungen bis Abends 10 Uhr beim Hauswart Böhner, Lurgelände.
Das Bureau des Zentralrats.

Künstlerische Ausführung. — Billigste Preise in
*** Vereinfachungen ***
Chalzen, Faltenschilder, Vereinsarbeiten, etc.
Carl Hoff's Fabrikfabrik, Kunststoffwerke
Bismarck (Württemberg) Waldstr. 16.

Ausführung.
Der Gewerkschaften der Bergarbeiter bedürftig, wenn möglich schon mit dem 1. Februar 1907 für Oberhauen einen **Bezirksleiter** anzustellen. Derselbe muß in der Gewerkschafts- und gesamten Arbeiterbewegung unterrichtet sein, Redaktent befähigt, sowie in stande sein in Rechtsangelegenheiten Rat erteilen und Schriftsätze aufsetzen zu können. Das Anfangsgehalt beträgt 150 Mk. monatlich. Solche Kollegen, welche die polnische Sprache in Wort und Schrift betreffen und mit den obersteinsten bezug. mit den Bergarbeitervereinsmitgliedern überhaupt vertraut sind, werden bevorzugt.
Verbandskollegen, gleichviel welchem Gewerkschaftsbezirk angehören, welche unter obigen Bedingungen auf die Stelle reifen, wollen ihre Bewerbungsgesuche bis spätestens zum 10. Januar an den unterzeichneten Vorstand einreichen. Ein für gefälliger Aufschuß über: Die Aufgaben eines Bezirksleiters, sowie Angaben über die Dauer der Mitgliedschaft in den Deutschen Gewerkschaften sind den Anträgen beizufügen.
Oberhauen (Mittl.), 12. Dezember 1906.
Der Hauptverband
des Gewerkschaften der Deutschen Bergarbeiter (G.-D.)
Oberhauen, Wäldstrasse 182.

letzten zehn Jahren der Fortschritt in den Gewerkschaften nicht so flott ging, wie es manch vorwärtsstrebender Gewerkschaftskollege wünschte, so trifft unseren verstorbenen Anwalt daran keine Schuld; er mußte manches mit seinem Namen tun, was andere gemacht hätten, denn er hatte in den letzten Jahren wenig oder keinen Einfluß auf die innere Gestaltung. Nach seinem Tode machte man in einer Zentralrats-Sitzung den Vorschlag, den Posten schnell wieder zu besetzen, wenigstens bis zum nächsten Verbandstag. Ich will diese Sitzung seiner Kritik unterziehen. Der kleine Wettkampf, der sich da entspann, wurde abgelehnt, ebenso ein weiterer Wunsch, eine dreigliedrige Kommission zu bilden, an deren Spitze Goldschmidt, mit der Vertretung der Gewerkschaften zu beauftragen. Es verlohnte sich eigentlich gar nicht, über derartige zurückliegende Vorläufe zu schreiben, aber da gewisse Personen vielleicht wieder den Versuch machen könnten, einen Anlauf zu machen, so ist es doch vielleicht nötig, ihnen das Eigenartige ihres Vorgehens vor Augen zu führen, um sie begreifen vor unliebsamen Forderungen zu bewahren. Es kommt für die Gewerkschaften nur einen Anwalt geben und jeder weitere diesbezügliche Wunsch möge vor dem Tore des nächsten Verbandstages begraben werden. Die Zustimmung der Allgemeinheit wird er jedenfalls nicht finden, denn es gibt bei der heutigen ersten Zeit genug anderes zu tun, als für solche Sachen Geld und Zeit zu verschwenden.

Die Frage der Politik, welche sie am Verbandstage anzuwenden Kollegen beschäftigen wird, ist jedenfalls schwieriger zu lösen, und wird uns auch mehr Kopfzerbrechen machen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es in dieser Beziehung beim Alten bleiben und ist es anders auch kaum gut möglich.

Wir haben einen großen Teil Mitglieder, welche sozialdemokratisch wählen, leider, wird mancher sagen; wir haben auch einen großen Teil Mitglieder, welche freisinnig wählen, leider, wird auch hier mancher sagen; ferner gehört uns auch sicher ein großer Teil von Mitgliedern an, welche dem Zentrum geneigt sind, sehr bedauerlich wird mancher rufen; aber es ist daran nichts zu ändern, und mit bestehenden Tatsachen muß man rechnen. Ich bin der festen Überzeugung, eine Anlehnung der Gewerkschaften an eine bestimmte politische Partei ist gleichbedeutend mit der Auflösung der Deutschen Gewerkschaften. B. schreibt, die Gewerkschaftskollegen sollen sich bürgerlichen politischen Vereinen anschließen und dort in dem Sinne einer gesunden Wirtschaftspolitik sich Anerkennung und Achtung verschaffen. Gut, dagegen ist absolut nichts einzuwenden, ich möchte aber raten, einen Schritt weiter zu gehen und allen Gewerkschaftskollegen dringend ans Herz legen, sich derjenigen politischen Partei anzuschließen, zu der sie sich hingezogen fühlen, und dort das gleiche tun, was B. hier empfiehlt, nämlich sich Achtung und Anerkennung verschaffen. Durch ein derartiges direkt aktives Beitragen an Politik dürfte allmählich auch in dieser Beziehung etwas Gutes geschaffen werden. Es wäre so mancher Anhänger für die Gewerkschaften zu gewinnen, und auch bei manch einem würde eine Änderung seiner politischen Ansichten eintreten wenn er seine Nase etwas tiefer in die Politik stecken würde, ob nach rechts oder links, darüber wollen wir vorläufig nicht debattieren. Die Entzifferung, daß ein Gewerkschaftler sich an sozialdemokratischer Politik beteiligen könnte, kann ich wahrlich nicht begreifen. Ich habe mit Gewerkschaftskollegen zusammen gearbeitet, die dem sozialdemokratischen Wahlzettel angehörten, aber trotzdem trat und fest zum Gewerkschaften hielt, ich war in einem großen blühenden Ortsverein, dessen Vorsitzender äußerst fromm war, der dem Zentrum seine Stimme gab. Ich war auch jahrelang mit demselben im Ausschuss zusammen tätig, aber auch nicht ein einziges Mal kollaborierten wir mit unseren Anschauungen, trotzdem ich sehr weit links stehe, weil wir uns gegenseitig achteten und es sehr wohl verstanden, auf neutralem Boden gemeinsam zu arbeiten und gute Erfolge zu erzielen. Welchen von diesen beiden soll man nun auf unserem nächsten Verbandstag vor den Kopf stoßen, welchem von diesen will man nun die Möglichkeit nehmen, Gewerkschaftler zu bleiben und mit welchem Recht? Oder sollte man vielleicht oben glauben und hoffen, daß ein direktes Mitgehen mit den liberalen Parteien ausschlaggebend für die künftige Gewerkschaftsbewegung sein soll? Etwas und dringender möchte ich vor einem solchen Experiment warnen, denn wenn man hofft, daß vielleicht in Schließen ein derartiges Vorgehen Anklang finden würde, so täuscht man sich sehr, und es würde hier eine Zersplitterung eintreten, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Neben mir in unserer Gewerkschaftsbewegung neutral wie bisher, so manch guter Gedanke aus der Gewerkschaftsbewegung hat sich nach schwerem Kampfe Bahn gebrochen, auch die Neutralität wird in der Gewerkschaftsbewegung ihren Weg finden.

Der Frage der Ausbreitungs- sowie Ortsverbände wird man auch näher treten müssen, und auch hier möchte ich Hoff. Begier recht geben, eins ist nur nötig, beides ein Lindung. Auf die Frage der Ausbreitungsverbände möchte ich nicht näher eingehen,

das überlasse ich krusenen Händen, welche in Ausbreitungsverbänden tätig waren und noch sind, welche jedenfalls auch zur Feder greifen und das Jahr und wider einer eingehenden Kritik unterziehen werden; ich lasse mich deshalb nicht darüber aus, weil ich nur über Sachen schreiben, welche ich genau kenne und in denen ich auch genau eingeweiht bin. Was die Ortsverbände anbetrifft, so läßt sich, wenn sie gut geleitet sind, auch Gutes schaffen; leider läßt in den meisten Fällen die Leitung viel zu wünschen übrig, doch wird der Verbandstag mit Hilfe der gemachten Erfahrungen schon einen Weg finden, welcher zu gutem Ziele führt.

Ein brennender Punkt wird aber jedenfalls der Ausbau unserer Presse sein. Da sehe ich heute schon die Gemüter aufeinanderplayen, denn es ist in punkto Presse auf Seiten der Zentrale sowie auf Seiten der Kollegen alles mögliche und unmögliche geleistet worden, und nicht immer haben unsere Mitglieder den schlechteren Teil getroffen. Das zu Grunde getragene „Korrespondenzblatt“ mit den unumgänglichen Redakteuren, eins und zwei; hat auf alle Fälle den Beweis zur Evidenz erbracht, daß dort nicht die richtigen Personen leitend tätig waren. Man muß hier den eigenartigen Witz und die Ausdauer bewundern, den man entwickelt hat, immer wieder die unlieblichsten Personen an die Spitze des Zentralorgans zu stellen; man wollte absolut aus dem ersten zugrunde gegangenen Objekt nicht lernen, und wollte mit Gewalt den Gewerkschaftskollegen etwas aufdrängen. Ich sind die Gewerkschaftler in hartem Kampfe, der sie stets umtobt, geworden. Das muß ihnen der größte Feind nachgeben, denn mit einer Fähigkeit, die ihresgleichen sucht, haben sie ohne lauten Lärm, ohne brutale Opposition das ihnen aufgedrängte Objekt zum zweiten Mal zu Grunde getragen, ohne aufzugeben, aber mit treffender Sicherheit haben sie gehalten. Hat man aber nun von dieser zweiten Niederlage gelernt, hat man nun endlich die nötigen Konsequenzen gezogen? Nein und nochmals nein. Man will in Berlin nicht auf wohlmeinenden Rat hören, da folgt man sich auf die Provinz, in der Provinz auf Berlin; ich lasse mich, und selbst wenn ich es nicht kennen würde, so würde ich aus der ablehnenden Haltung der Provinz sowie Berlins, welche sie den Pressprojekten der Zentrale entgegenbringen, wohl un schwer herausfinden, daß man der Sache mehr als fern und gleichgültig gegenübersteht. Hat das jetzt einmalige Erscheinen des „Gewerkschafters“ eine Besserung der Lage gebracht? Nein und wieder nein, muß man hier sagen. Ich möchte hier eine offene Frage an die Zentrale richten: Hat sich — abgesehen von der Zwangsabonnenten — die Abonnentenzahl der freiwilligen Abonnenten gehoben? Ich glaube nicht, und die Zahl der Abonnenten wird sich nicht selber heben, bis die Redaktionsverhältnisse andere geordnet sind, bis Leute hineinkommen, welche der heutigen Gewerkschaftsbewegung Rechnung tragen. Ein Zentralblatt müssen wir haben, es muß aber vor allen Dingen sich das Vertrauen der Mitglieder zu erwerben wissen, und ob dies bis jetzt gelungen ist, darüber herrscht nach allem Vorgefallenen jedenfalls kein Zweifel. Hier werden die Verbandstagsvertreter mit erneuerter Eile eingreifen müssen. Persönliche Rücksichten kann und darf es nicht geben, denn dem großen Ganzen muß unsere Kraft gehören, nur dann kann es ein Vorwärts-schreiten geben.

Ein Zentralblatt muß es geben, um über das allgemeine unterrichtet zu sein, aber daneben muß der örtlichen Verhältnisse gedacht werden und deshalb darf der Verbandstag auch die Provinzpresse nicht vernachlässigen. Wieviel Opfer an Zeit und Geld sind hier Blatt für sich zu bekommen, um etwas Einfluß darauf zu gewinnen. Und es war jedenfalls taktisch unklug (ich will mich im Interesse der Allgemeinheit keines anderen Ausdrucks bedienen), wenn man in der Öffentlichkeit aussprach, daß die Druckverleger nur das Geld der Gewerkschaften haben wollten und nur des Gewinns halber unsere Provinzzeitungen verlegen. Darüber ist wohl kein Zweifel, daß der Verleger verdienen will und ich habe auch in Berlin niemand gefunden, der einem um schöner Augen willen auch nur einen schiefgetretenen Stiefelabsatz gerade machen läßt, noch viel weniger, daß man einen Verleger findet, der den Gewerkschaftskollegen eine Zeitung gratis druckt und womöglich noch frants zu sendet.

Was gerade das letztere anbetrifft, wird jedenfalls die Abrechnung über das „Korrespondenzblatt“ am dem Verbandstage genügend Aufklärung bringen. Man wird da jedenfalls finden, daß die Verleger und Druckereibesitzer in Berlin, bei denen dieses Blatt hergestellt wurde, erheblich mehr verdient haben, als die Verleger und Drucker unserer Provinzzeitungen, und es war deshalb der Vorwurf des „Verdienens“ wenig zeitgemäß und höchst ungerechtfertigt. Ich wünsche nur, daß die Verleger der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ recht viel verdienen möchten, denn nur aus einem Verdienst des Druckers resultiert wiederum eine hohe Auflage und demgemäß auch ein großer Einfluß, den wir durch dieses Blatt auf die breite

Waffe der Arbeiterschaft haben. Ich bin der Meinung, daß hier der Verbandstag ein großes Feld haben wird, sich vorwärts bewegen zu zeigen. Vielleicht läßt sich die Zeitung mit Hilfe der Ausbreitungsverbände in Verbindung bringen, eventuell mit Hilfe der Zentralleitung und petundärer Unterstützung derselben weiter ausbauen. Jedenfalls muß und wird hier in Zukunft mehr geschehen müssen, als bis jetzt geschehen ist. Ich will schließen mit der Hoffnung, daß unsere Zentrale mit ihrem Programm aus ihrer letzten Konferenz heraustritt. Ich weiß auch, daß diese Zeiten etwas Wind machen werden, aber nach manchem Behwind kann etwas Luftveränderung aus dem Ofen herüber wehen nicht schaden. Ich will alles über mich gern ergehen lassen in dem ruhigen Bewußtsein, daß diesmal Kollegen aus unsern Verbandstag zusammenkommen werden, welche die heutigen Erfordernisse in der Gewerkschaftsbewegung erfüllt haben und darnach handeln. Hoffentlich erleben wir in der Wahl der Kollegen keine Enttäuschung.

Rudolf Madef, Breslau.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 21. Dezember 1906.

Des Weihnachtstages wegen erscheint unsere nächste Nummer am Sonnabend, 29. Dezember. Beiträge für dieselbe bitten wir recht bald hierher gelangen zu lassen.

Ferner bitten wir, die Weihnachtstage benutzen zu wollen, recht viele neue Abonnenten auf den „Gewerkschaftler“ zu gewinnen. Probenummern werden sehr gern an die uns angegebenen Adressen versandt.

Allen lieben Verbandsgenossen und ihren Familien wünschen wir ein frohliches Fest.

In seiner gestrigen Sitzung hat der Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften nach lebhafter Diskussion über die Bedeutung der nächsten Reichstagswahlen für die deutschen Arbeiter und ihre Berufsvereine folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.) fordert alle wahlberechtigten Verbandsgenossen dringend auf, am 25. Januar, bzw. auch am etwaigen Stichwahltag, ihr Wahlrecht zum Reichstag auszuüben. In Wahrung der Neutralität unserer Organisation lassen wir unseren Verbandsgenossen selbstständig völlig freie Hand in der Wahl, erwarten aber, daß kein Gewerkschaftler einen Feind unserer Organisation wählt, aus keinen Lebensmittellieferanten oder Gegner des bestehenden Reichstagswahlrechts. Alle Deutschen Gewerkschaftler müssen sich vielmehr ernstlich bemühen, daß Reichstagsabgeordnete gewählt werden, die Freunde unserer Bestrebungen und eines strengen Koalitionsrechtes sind, und Gewähr dafür bieten, daß ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, mit der Sache der Arbeiter auch die des Volkes und Vaterlandes auf allen geistigen und wirtschaftlichen Gebieten kraftvoll vorwärts zu bringen.“

Wir verweisen hierzu noch auf den Leitartikel in voriger Nummer und bitten dringend, daß alle Verbandsgenossen im Sinne des Zentralratsbeschlusses energisch wirken, um einen den Gewerkschaften möglichst günstig gestimmten Reichstag zu bekommen.

Mit der Sitzung der evangelischen Arbeitervereine zu den Arbeiterorganisationen und insbesondere zu den Deutschen Gewerkschaften beschäftigte sich dieser Tage in Dortmund der Ausschuss des Verbandes evangelischer Arbeitervereine in Rheinland und Westfalen. In einem der „Alln. Zeitung“ entnommenen Berichte heißt es darüber:

Herr Leo Weber teilte mit, daß der Leiter der G.-D. D. evangelischen Gewerkschaften ihm zugesagt hätte, daß die G.-D. D. evangelischen Verbände alles daran setzen werden, die Neutralität auf religiösem und politischem Gebiete strengstens zu wahren. Der Zentralrat wird dies bemächtigt noch in einer besonderen Rundgebung zum Ausdruck bringen. Der Redner betonte, wenn die G.-D. D. evangelischen Verbände in Wirklichkeit so verhalten würden, dann würden sie den evangelischen Arbeitervereinen gerade so angenehm sein, wie die christlichen Gewerkschaften! In der Besprechung betonte der G.-D. D. evangelische Gewerkschaftler nicht zu glauben, auf der andern Seite betonte Herr Wilmanns aus Hamm die Unzulässigkeit der ultramontanen regierten christlichen Gewerkschaften, bei ihnen sei auch nicht das bestmögliche Maß an Neutralität zu finden. Generalfreier Barth führte aus, der Verband sei lediglich an seine Beschlüsse vom 12. März 1906 gebunden, wonach es den Mitgliedern der evangelischen Arbeitervereine freigestellt ist, jeder Gewerkschaft beizutreten, die dem religiösen und dem nationalen Empfinden Freiheit läßt. Herr Wilmanns-Dortmund wies darauf hin, daß die am 4. Nov. in Essen versammelt gewesenen Arbeitervereinsmitglieder gar kein Recht hätten, im Namen des rheinisch-westfälischen Verbandes aufzutreten. Der Verband möge an seinem früheren Beschlusse festhalten

und die offizielle Neutralitätsklärung der Hirsch-Dandl'schen Vereine abzuwarten. Nach weiterer Ansprache kam folgender Beschluß zustande: Der Ausschuß soll sich in dem Beschlusse vom 19. März 1906; er erwartet aber seitens der Hirsch-Dandl'schen Gewerkschaften die in Aussicht gestellte Widerlegung der gegen sie erhobenen Vorwürfe über ihre Stellung zur Religion und wünscht eine Erklärung über ihre Stellung zu den nationalen deutschen Arbeiterfragen und eine bindende Erklärung ihrer völligen religiösen und politischen Neutralität.

Demgegenüber kann nur wiederholt hervorgehoben werden, daß Angriffe auf die religiösen Anschauungen der Arbeiter von der Leitung unseres Verbandes und seinen verantwortlichen Organen zu jeder Zeit und auf das entschiedenste gemißbilligt worden sind. Solche hier und da von unverantwortlicher Stelle aus gegen diesen Grundstoß verstoßen worden sein, so steht der Verband als solcher nicht an, seine offene Mißbilligung darüber zum Ausdruck zu bringen. Die in der bekannten Bremer Broschüre enthaltenen Vorwürfe sind von uns völlig entkräftigt worden, so daß es eigentlich schwer verständlich erscheint, wie man auf jener Seite noch immer Zweifel an unserer Neutralität hegen kann.

Unter dem Vorsitz des Syndikus Dr. Oskar Reyer fand am Mittwoch im Sitzungssaal des Zentralbüros der Schutzheilig-Brüder eine fünfstündige Beratung über einen neuen Tarif zwischen dem Verein der Brauereiarbeiter und den in der Brauereiarbeit vertretenen Organisationen statt. Der „zielbewußte“ Zentralverband erhob wieder Einspruch gegen die Mitwirkung der Gewerkschaften, die vertreten waren durch unsere Verbandsvorstände Kollegen Goldschmidt und Kollegen Springer. Als aber der Vorsitzende erklärte, daß der Verein der Brauereiarbeiter einen Unterschied zwischen den Organisationen nicht machen könne und lieber die Verhandlungen scheitern lasse, als eine der beiden Organisationen zurückzulassen, bequamen sich die „Zielbewußten“ zur Mitwirkung an dem Zustandekommen des Tarifs. Für die Flaschenstellensarbeiter betragen die Löhne im alten Tarif 20,50—22,50 RM. Der Stättelarbeit wurde befristet. Beide Arbeiterorganisationen forderten einen Wochenlohn von 27 RM. und einigten sich schließlich mit den Vertretern der Arbeitgeber auf einen Wochenlohn von 25 RM. Bei den übrigen Kategorien, soweit sie zur Verhandlung standen, wurden meist Vohnerhöhungen von 3 RM. pro Woche erzielt. Die Hofarbeiter, die bisher 21 bis 23 RM. erhalten hatten, sollen jetzt 26 RM. bekommen. Die Arbeitszeit wurde von 10 auf 9 1/2 Stunden herabgesetzt. Bewilligt wurde auch ein Urlaub, je nach der Dauer der Beschäftigung bis zu einer Woche bei Fortzahlung des Lohnes. Für die Brauereiarbeiter ist der Tarif schon früher mit unserem Ortsverein und dem Zentralverband gemeinsam vereinbart worden, auch hier wurde im wesentlichen eine Vohnerhöhung von 3 RM. pro Woche erreicht. Wenn die Verhandlungen endgültig abgeschlossen sind, dann entschließen sich die Verwaltungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer über die getroffenen Abmachungen. Der Gesamtarbeit dürfte wohl noch in der ersten Hälfte des Monats Januar zum Abschluß kommen, der dann Gültigkeit bekommen soll vom 1. Januar ab.

Arbeiterbewegung. Die Aussperrung in den Rudenwalder Bronzewarenfabriken, von der gegen 500 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen sind, dauert noch an. — Auch in der Elektromotorenfabrik von Gradewitz in Berlin sind die Differenzen noch nicht beigelegt, da die Betriebsleitung wohl die Arbeitszeiterhöhung, nicht aber die Vohnerhöhung bewilligen wollte. — Ein Kampf steht den Berliner Automobilfahrern bevor. Es handelt sich im wesentlichen um Lohnhöfungen, da die Unternehmer trotz der am 1. Januar erfolgenden Erhöhung der Löhne sich weigern, auch den Wagenfahrern eine Ausbesserung ihrer Löhne zu gewähren. Der Streik kann jeden Augenblick zum Ausdruck kommen, worauf die Unternehmer mit einer allgemeinen Aussperrung antworten wollen. — Der Streik der Holzarbeiter bei der Cash-RegistrierCompagnie in Berlin ist von den Arbeitern als ausrichtlos aufgegeben worden. — Wie die übrigen Arbeiter des Baugewerbes, so haben nun auch die Leitergerüstbauer in Berlin beschlossen, ihren bis zum 31. März 1907 laufenden Tarif zu kündigen, um neben verschiedenen anderen Forderungen auch eine Erhöhung der Lohnsätze durchzusetzen. — Ebenso befinden sich auch die Asphaltreue- und Pappdachdecker in einer Bewegung, die in erster Linie auf die Einführung des Achtstundentages gerichtet ist. Außerdem aber werden Vohnerhöhungen, die Abschaffung des Prämiensystems und ein Ausschlag von 50 pCt. für Ueberstunden, von 100 pCt. für Sonntagarbeit gefordert. — In der Strampffabrik von Steubben in Reutlingen im Erzgebirge sind ernste Differenzen ausgebrochen. Wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen reichten vor 14 Tagen die dortselbst beschäftigten Arbeiter ihre Kündigung ein und sind nun, da ihnen seitens des Fabrikanten kein Entgegenkommen gezeigt wurde, in den Streik eingetreten. — Der Verband der öster-

reichischen Eisenbahnangestellten hat beschlossen, falls die Forderungenstellen in die „passive Resistenz“ eintreten sollen, die selben im Kampfe um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu unterstützen. — Die Seeleute in Genua, Neapel, Livorno und Bari sind in den Streik getreten, worauf sie von den Behörden bei den Verträgen wegen Reuterer angegeigt wurden. Der Postdienst mit dem Inseln wird einstweilen durch Torpedoboote versehen. — In Odessa (Rußland) hält die Auslandsbewegung der Hafenarbeiter noch an. — Unter den Bergleuten der Montangefellschaft in Lankowitz sowie der übrigen Unternehmungen des Rüstlager und Weitzberger Kohlenreviers (Stiermark) ist eine lebhafteste Lohnbewegung im Gange. Bei Ablehnung ihrer Forderungen sind die Arbeiter entlassen, in den Streik zu treten. — In Rio de Janeiro ist ein Streik der Dockarbeiter ausgebrochen, der immer weiter um sich greift und die Tätigkeit der Dock völlig lahmlegt.

Die Organisation der Unternehmer macht immer weitere Fortschritte. Von Köln a. Rh. aus wird gegenwärtig Stimmung gemacht für die Begründung eines Arbeitgeberverbandes für das Reichsgebiet und Bauwerkempengewerbe in ganz Deutschland. Das beghährte Rundschreiben enthält sich natürlich in Nebenarten wie „besoldete Führer und Helfer“ der Arbeiter und schimpft auch gehörig auf die Organisationen und den von ihnen geübten Terrorismus. Aufgabe des neuen Verbandes soll es sein, dem Streikterrorismus kraftvoll entgegenzuwirken und ein Bollwerk zu bilden gegen ungerechtfertigte Preistreiberien und Lohnschraubereien. Ferner soll versucht werden, die Arbeitgeberinteressen den Regierungen gegenüber zu vertreten, die Unterfügung der Baumaterialienhändler zu gewinnen und endlich eine Streikunterstützungslasse für Arbeitgeber ins Leben zu rufen. Und dann heißt es weiter:

„Es leuchtet ein, daß eine starke Vereinigung unserer Kollegen sehr wohl imstande ist, die wirtschaftlich doch auf sie angewiesenen Händler zum Beitritt zu dem Verband und zur Unterfügung bei Schatzkämpfen zu veranlassen. Eine von den Arbeitgebern bei Streiks oder Aussperrungen verhängte Materiallieferperre ist aber das beste Mittel, um auch die Kollegen indirekt zum Beitritt zu zwingen, die aus Eigeninteresse, Bekanntheit oder in Berücksichtigung der gemeinsamen Sache fernbleiben, und die Schwandheit ihrer Kollegen benutzen wollen, um ihnen in den Rücken zu fallen.“

Ist es nicht der reine Hohn, daß Leute, die solche Mittel anwenden wollen, über den von organisierten Arbeitern geübten Terrorismus wehklammern. Wir sind gewiß die letzten, die den namentlich bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften betriebenen Terrorismus verteufeln. Im Gegenteil, wir verurteilen ihn auf das allerheftigste. Jenes Schwarzmalen aber, die selbst vor der Materialperre nicht zurückschrecken, steht die sittliche Entrüstung wohllich schlecht an.

Die Arbeiter erkennen aber daraus, wie man auf Arbeitgeberseite ernst am Werke ist, immer fester sich zusammenzuschließen, um seine Interessen möglichst wirksam zu vertreten. Daraus erwächst für uns die Pflicht, ständig am Ausbau unserer Organisation zu arbeiten und keine Gelegenheit vorbeizulassen, ihr neue Mitglieder zuzuführen.

Arbeitslosen und Volkswirtschaftswachstum. Es ist eine von einflussreichen Volkswirtschaftlern anerkannte Tatsache, daß gute Arbeitslöhne den Unternehmern keinesfalls unangenehm beeinflussen. Im Gegenteil ist von Sozialpolitikern durch zahlreiche Beispiele dargetan, daß ein genügender und deshalb genügender Arbeiterstand zur Förderung der Industrie die Hauptbedingung bildet. Trotzdem hat ein großer Teil der Unternehmer oft die Lohnforderungen der Arbeiter brüsk zurückgewiesen, selbst in den Fällen, wo die Verteuerung der Lebensmittel eine Vohnerhöhung bedingte. Die Unternehmer haben dadurch sich selbst aber am wenigsten genützt. Einen neuen Beweis für die Richtigkeit dieses auch von den Deutschen Gewerkschaften ständig vertretenen Grundgedankes liefert die Generalversammlung der „Schlesischen Kohlen- und Kokswerke in Gottesberg“. Auf diesen Werken tritten bekanntlich die Arbeiter im Frühjahr dieses Jahres, weil die Verwaltung eine Vohnerhöhung den Arbeitern, trotz der allgemein anerkannten Berechtigung der Forderungen, nicht bewilligte. Nach heidenmittigen, 11 wöchentlichem Ausdauern im Kampfe, am dem auch unsere Organisation stark beteiligt war, wurde der Zustand abgebrochen worden, weil die katholische Fachabteilung ihre Mitglieder zum Streikbruch kommandierte. Die diesjährige Generalversammlung der Kokswerke nun mußte auch für die Gesellschaft die Folgen des Ausdauerns sowie der ganzen Verwaltungsmethoden feststellen, da das Rechnungsjahr mit einem großen Verlust abschloß. Die Gesellschaft hat also nicht nur die Lage der Arbeiter, sondern auch ihre eigene unangenehm beeinflusst, indem sie die beschiedenen Forde-

rungen der Arbeiter nicht bewilligte. Die dem Werke benachbarten Gruben zahlen ihren Arbeitern einen bedeutend höheren Lohn als die schlesischen Kokswerke in Gottesberg. Selbst ein Aktionär der Gesellschaft machte der Verwaltung den berechtigten Vorwurf, daß „der vorjährige Streik durch die minderwertigen Löhne seitens der Gesellschaft selbst verschuldet sei!“

Offenlich zieht nun die Gesellschaft für die Zukunft die notwendigen Lehren aus diesen Vorgängen im eigenen Interesse des Unternehmens!

Die Förderung des Arbeiterwohnungsbaus aus den Ueberflüssen ihres Vermögens haben sich die Landesversicherungsanstalten schon seit geraumer Zeit zur Aufgabe gestellt. In besonderer Weise hat sich durch die Vergabe bedeutender Kapitalien die Landesversicherungsanstalt für die Rheinprovinz hervorgetan. Jetzt hat sich der Vorstand zu einem weiteren Schritt entschlossen. Er hat in seiner letzten Sitzung den Plan ins Auge gefaßt, zur Rückzahlung von Darlehen für die Arbeiterhäuser die Lebensversicherung mit heranzuziehen. Das ist, wie der Korrd. Allg. Ztg. aus Düsseldorf geschrieben wird, in der Weise gebacht, daß die Arbeiter, statt ihr Hypothekensapital in der üblichen Weise allmählich zu tilgen, der Landesversicherungsanstalt eine Lebensversicherung über denselben Betrag übertragen; das Hypothekensapital wird dann bei Eintritt des Versicherungsfalles sofort ganz an die Versicherungsanstalt zurückgezahlt. Ist die Versicherung wie sich wohl meistens empfehlen dürfte — auf den Todes- und Erbschaftsfall gestellt — und erleidet der Arbeiter den Ablauf der Versicherungsdauer, so ist er damit schuldenfrei Eigentümer des Hauses, wie sonst; stirbt er aber vorzeitig, so hat die Familie durch den schuldenfreien Besitz des Hauses einen außerordentlich wertvollen wirtschaftlichen Rückhalt und ist der brüsk wohl vor kommenden Notwendigkeit enthaben, das erst teilweise abgezahlte Haus veräußern oder sehr dicht vermieten zu müssen, um Zinsen und Tilgung weiter entrichten zu können.

Es sind bereits Belehrungen solcher Art vom Vorstande der Versicherungsanstalt genehmigt worden, und es besteht unseres Erachtens kein Zweifel, daß diesbezügliche Anträge nunmehr in größerer Zahl folgen werden. Es muß gegeben werden, daß diese Maßnahme von nicht zu unterschätzender sozialpolitischer Bedeutung ist.

Gewerkevereins-Teil.

Berlin. Leertungsanlagen. Die festgesetzte Leertung der Lebensmittelpreise hat fast alle Erwerbstätigen in eine schwierige Lebenslage gebracht. Am meisten aber haben die Hausbesitzer und die Privatbeamten darunter zu leiden, da sie nicht wie die gewerblichen Arbeiter durch Tarifverträge eine Gehaltsaufhöhung erzwingen können. Es erscheint deshalb durchaus berechtigt, daß die Angehörigen bzw. die Berufsbereine bei den einzelnen Unternehmungen wegen Schwärzung von Leertungsanlagen oder Gehaltsaufhöhungen vorkommen werden. Während nun das Sorgen der Angehörigen bei der Mehrzahl der Großunternehmungen ein wohlwollendes Entgegenkommen gefunden hat, lehnte die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft Berlin, jede Leertungsanfrage ab und der Herr Direktor Hirschberg bezeichnete in einer Konferenz der Abteilungsleiter die Unterzeichner der Petition — 96 pCt. des gesamten Personals — als Chajen und Gek. Dieses Wortmalis veranlaßte den Verein der Deutschen Kaufleute, Berlin S. 14, Dresdenstr. 80, eine Betriebsversammlung am 14. d. M. einzuberufen, in der Herr Redaktor Gottbrandt über „Das Recht im eigenen Hause“ referierte. Der Referent schilderte die Verhältnisse in der A. E. G. und betonte, daß man bei einem solchen Unternehmen, wo Tausende von Menschen beschäftigt sind, nicht lediglich das Recht im eigenen Hause zur Geltung bringen dürfe, sondern auch das allgemeine Recht und die volkswirtschaftlichen Interessen berücksichtigen müsse. Es gelangte einflußvoll folgende Resolution zur Annahme: „Im Interesse eines gedeihlichen Zusammenarbeitens zwischen Leertung und Angehörigen erhebt die heutige vom Verein der Deutschen Kaufleute einberufene Betriebsversammlung der Angehörigen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft energischen Protest gegen das Verhalten der Generaldirektion, das ein brutales Festhalten an dem mittelalterlichen Standpunkte des „Rechts im eigenen Hause“ bedeutet. Gleichzeitig spricht die Betriebsversammlung ihr Bedauern darüber aus, daß die Generaldirektion in Rücksicht der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse die berechnete Forderung der Angehörigen auf Schwärzung einer Leertungsanfrage abgelehnt hat.“ Die Resolution ist dem Herrn Generaldirektor der A. E. G. unterbreitet worden und darf man wohl hoffen, daß die Gesellschaft ihren ablehnenden Standpunkt aufgibt und den beschiedenen Leertungsverhältnissen Rechnung trägt.

Hamburg. In unserer Versammlung vom 17. November wurde zunächst ein Kollege aufgenommen. Sodann erfolgte die Wahl der Vertrauensmänner für sämtliche Brauereien. Die Abrechnung vom Sommer vergangen ergab leider ein Defizit von circa 90 RM. Unter Verschiedenes wurde bekannt gegeben, daß Holzmann mit seiner Klage vom Landgericht abgewiesen wurde. Es entschieden dem Verein trotz Abweisung Holzmanns doch Recht, da Holzmann unzuständig sei. Ferner wurde Klage geführt, daß seitens des „zielbewußten“ Zentralverbandes die Kollegen sich vom Arbeitsnachweis zurückziehen ließen, um in die